



GLEICHE CHANCEN, GLEICHE RECHTE: EINE SCHWEIZ FÜR ALLE.

1. Chancengleichheit in der Bildung und würdige Arbeit für alle

Bildung ist der wichtigste Chancengeber. Chancengleichheit in der Bildung ist der Schlüssel für ein gutes Leben und für alle lebenswerte Gesellschaft. Wer Armut, Ausgrenzung und soziale Kälte beenden, die Kaufkraft stärken und Ungleichheit verringern will, investiert in mehr Bildung für alle.

Die SP Migrant:innen ergreifen Partei für:

1. Frühförderung, Tagesstrukturen, Berufsbildung, Diplomanerkennung, Validierung beruflicher Fähigkeiten und lebenslanges Lernen und Weiterbildung ermöglichen ein gutes Leben und würdige Arbeit für alle. Mit der SP Volksinitiative für gute Kitas und Spielgruppen ergreifen wir Partei für frühzeitigen Spracherwerb; eine hochwertige familienergänzende institutionelle Kinderbetreuung und Mutter-Kind-Sprachangebote sind unverzichtbar, um den Kreislauf der Benachteiligung zu durchbrechen und allen gleiche Chancen zu geben.
2. Flüchtlinge und Migranten und Migrantinnen müssen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus Zugang zu Stipendien erhalten, die auch indirekte Kosten wie Unterhaltspflichten in der Familie abdecken. Wir ergreifen Partei für einen Paradigmenwechsel «Stipendien statt Sozialleistungen», denn erfolgreiches lebenslanges Lernen bildet die Grundlage für gute Arbeit und ein selbstgestaltetes und selbstverantwortetes Leben.

2. Für die Ausweitung der Bürgerrechte und der politischen Teilhabe

Mehr als zwei Millionen Menschen – ein Viertel der Bevölkerung – haben kein Stimm- und Wahlrecht und sind vom politischen Prozess weitgehend ausgeschlossen. Dieses gewaltige demokratische Defizit ist unannehmbar. Politische Teilhabe ist das Fundament für eine erfolgreiche Integration.

Die SP Migrant:innen ergreifen Partei für:

1. Wer sich seit fünf Jahren rechtmässig in der Schweiz aufhält, soll Anspruch auf Erteilung des Bürgerrechts erhalten. Mit der Volksinitiative der Aktion Vierviertel ergreifen wir Partei für ein Recht auf Einbürgerung. Die Gebühren müssen gesenkt, die Sprachanforderungen vereinfacht und die Verknüpfung von Einbürgerung und Aufenthalt mit dem Bezug von Sozialhilfe aufgehoben werden.
2. In jedem Fall sollen Einwohner und Einwohnerinnen ohne Schweizer Bürgerrecht spätestens nach fünf Jahren Wohnsitz in der Schweiz die vollen politischen Rechte in kommunalen Angelegenheiten ausüben können. Wer die politischen Rechte einmal erworben hat, darf diese beim Umzug in eine andere Gemeinde oder einen anderen Kanton nicht mehr verlieren.
3. In allen Behörden und Institutionen, die im direkten Kontakt mit der Bevölkerung stehen, muss der Diversität des Personals weit grössere Beachtung als heute geschenkt und eine angemessene Vertretung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sichergestellt werden. Auch in Kultur und Medien muss die Repräsentanz der gesellschaftlichen Vielfalt gewahrt sein.

3. Gleiche Rechte für alle Kriegsflüchtlinge

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg des russischen Regimes auf die Ukraine löste in Europa die grösste Fluchtbewegung seit dem 2. Weltkrieg aus. Nach wie vor ist Syrien aber das weltweit grösste Herkunftsland von Flüchtlingen. Auch in Afghanistan hat sich nach der Machtergreifung der Taliban die Lage massiv verschärft. In der Schweiz machte die Gewährung des Schutzstatus S für die Ukraineflüchtlinge breit die menschenverachtende Lage von vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen aus anderen Kriegsgebieten wie Syrien oder Afghanistan bewusst.

Die SP Migrant:innen ergreifen Partei für:

1. Der bislang verwendete Status der «Vorläufigen Aufnahme» (Status F) gehört abgeschafft. Er ist ungeeignet, missverständlich und wird dem vorhersehbar langfristigen Aufenthalt der Geflüchteten nicht gerecht. An seiner Stelle braucht es den neuen Status «Humanitäre Aufnahme» (Status H) für alle Geflüchteten in der Schweiz ohne ordentlichen Asylstatus, deren Wegweisung ins Heimatland aufgrund konkreter Gefährdung unzumutbar ist. Personen mit Status H ist Familiennachzug ohne Wartefrist zu gewähren. Ein allfälliger Sozialhilfeanspruch soll sich an den Ansprüchen von Inländern und Inländerinnen orientieren. Auf Beschränkungen der Reisefreiheit ist zu verzichten. Nach fünf Jahren ist eine Aufenthaltsbewilligung zu erteilen, sofern keine Widerrufsgründe vorliegen.
2. Gastfamilien funktionieren als «Integrationsbooster». Deshalb muss der Bund die gesetzlichen Grundlagen zur privaten Unterbringung von Geflüchteten schaffen und die Gastfamilien in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gemeinden in ihrer anspruchsvollen Aufgabe bestmöglich begleiten und unterstützen.

4. Gleiche Würde und gleiche Chancen für Migrantinnen

Migrantinnen stehen für unterschiedlichste Wirklichkeiten: sie üben verschiedenste Tätigkeiten aus, verfügen über zahlreiche Qualifikationen und Fähigkeiten und bringen höchst verschiedenartige Erfahrungen mit sich. Dieses grosse Potenzial kommt vielfach kaum zum Tragen. Vielmehr sehen sich die meisten Migrantinnen mit einer doppelten Diskriminierung konfrontiert: Sie werden als Migrantin und als Frau weniger wahrgenommen und bekommen weniger Chancen sich einzubringen, mitzureden und mitzubestimmen. Das muss sich ändern.

Die SP Migrant:innen ergreifen Partei für:

1. Die gleiche Würde und die gleichen Rechte von Migrantinnen müssen endlich anerkannt, ihre Aufenthaltsstatus unabhängig vom Zivilstand sichergestellt und ihre Gleichstellung durch gezielte Programme aktiv gefördert werden.
2. Die politische und gesellschaftliche Sichtbarkeit und Mitwirkung von Migrantinnen muss erhöht werden. Es darf nicht länger sein, dass viel über, aber kaum mit Migrantinnen gesprochen wird. Die Stimme der Migrantinnen muss in Politik, Gesellschaft und dem alltäglichen Leben gehört werden und Migrantinnen bei öffentlichen Auftritten und auf Wahllisten angemessen vertreten sein.
3. Weibliche Genitalverstümmelung und Zwangsheirat sind Instrumente der männlichen Vorherrschaft über Mädchen und junge Frauen. Wir alle stehen in der Verantwortung, dass diesen auch in der Schweiz verbreiteten frauenverachtenden Praktiken wirksam der Riegel geschoben wird.

5. Eine inklusive Gesellschaft, welche die Diversität und gleiche Würde anerkennt

Die Herkunft der Bevölkerung in der Schweiz weist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eine besonders grosse Vielfalt auf. 46% der Wohnbevölkerung hat mindestens einen Elternteil, der im Ausland geboren ist, unter den 15–64jährigen ist es gar über 50%.

Die SP Migrant:innen ergreifen Partei für:

1. Die Schweiz ist ein Einwanderungsland. Die Politik muss diese gesellschaftliche Realität endlich anerkennen und dem strukturellen Rassismus proaktiv entgegenreten. Diskriminierung muss neu auch im Wohnungs- und Arbeitsmarkt auf dem Rechtsweg bekämpft werden können.
2. Es braucht eine neue Partnerschaft zwischen Behörden, religiösen Gemeinschaften und jenen, denen Religion gleichgültig ist. Alle verdienen Respekt und Anerkennung, die sich auf dem festen Boden der Menschenrechte bewegen.
3. Racial Profiling muss aufhören. Die staatlichen Ordnungskräfte müssen Massnahmen entwickeln, einführen und deren Anwendung überwachen, die geeignet sind, eine diskriminierungsfreie Einsatzpraxis zu garantieren.